

"Sind die Werkzeuge der Europäischen Union stumpf geworden?" in Die Presse (25. März 1999)

Quelle: Die Presse. 25.03.1999. Wien.

Urheberrecht: (c) Die Presse

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"sind_die_werkzeuge_der_europaischen_union_stumpf_geworden_"_in_die_presse_25_marz_1999-de-3c1d5bd0-2655-40b8-9c91-9cac6032f04f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Sind die Werkzeuge der Europäischen Union stumpf geworden?

Der rotweiße EU-Botschafter rät in im „Presse“-Gastkommentar über die Zukunft der EU.

VON MANFRED SCHEICH

BRÜSSEL. Die französische Nationalversammlung hat dieser Tage in das Ratifizierungsgesetz des Amsterdamer Vertrages einen Passus aufgenommen, worin die Reform der Institutionen der EU als Vorbedingung für die Osterweiterung festgeschrieben wird. Damit stehen die Fünfzehn politisch und zeitlich unter Druck.

Man mag Frankreich eine allzu pointierte Verfolgung seiner nationalen Interessen im Rahmen der EU zum Vorwurf machen, doch kann man gerade Frankreich die besondere Fähigkeit zur scharfen politischen Analyse und zu konzeptiven Ansätzen für die Zukunft nicht absprechen.

Die Reform der EU-Institutionen ist tatsächlich politisches Kernthema für die künftige Große Union. Wenn auch Begriffe wie Institutionen und Verfahren technisch, ja bürokratisch klingen, so sind die Institutionen nichts anderes als die Werkzeuge zur Gestaltung der Politik der Union. Sind diese Werkzeuge nicht mehr zeitgemäß oder stumpf, schlägt sich dies in der Politik fatal nieder.

Mit jeder Erweiterung sind die internen Interessendivergenzen größer geworden, und zwar nicht in arithmetischer, sondern in progressiver Reihe. Dies wird auch bei der Osterweiterung so sein.

Wir stehen mit Blick auf die Osterweiterung daher vor der für die Zukunft der Union tatsächlich vitalen Frage, wie die Werkzeuge, d. h. die Institutionen und Entscheidungsverfahren neu gestaltet werden sollen, damit die Fähigkeit der Union zur Entscheidung, zur Aktion und zur weiteren Entwicklung gesichert bleibt.

Unsere künftigen Partner in der Union müssen an einer solchen Reform ein gleich starkes Interesse wie wir haben; nur in einer funktionierenden und handlungsfähigen Union werden sich die Erwartungen und Hoffnungen erfüllen, die sie in die Mitgliedschaft setzen.

Vergessen wir nicht: Bei aller Beschwörung der Unumkehrbarkeit des Integrationsprozesses als Folge der bereits eingetretenen Interessenverflechtung - sprich Binnenmarkt und Euro - muß jede politische und gesellschaftliche Einheit die Fähigkeit besitzen und immer wieder neu beweisen, auf Entwicklungen und Herausforderungen antworten zu können. Kann sie dies nicht, ist ihre Entscheidungs- und Aktionsfähigkeit ernst beeinträchtigt, entsteht das Risiko der schleichenden Lähmung und letztlich des Verfalls. Die Geschichte hat ihre Beispiele.

Was steht nun bei der Institutionenreform, die in den Verhandlungen über den Amsterdamer Vertrag nicht gelungen ist, auf der Tagesordnung?

Neben der Größe der Kommission und einer Neugewichtung der Stimmenverhältnisse im politischen Führungs- und Entscheidungsgremium „Rat“ steht für mich ein weitreichender Ersatz noch bestehender Einstimmigkeitsvorschriften durch die Methode (qualifizierter) Mehrheitsentscheidung im Vordergrund. Dies wird allen Mitgliedsstaaten in dem einen oder anderen Sektor weh tun.

Doch wir müssen uns die Frage stellen: Ist es in der künftigen, 20 oder mehr Staaten umfassenden Union mit ihren unvermeidlich großen Interessendivergenzen und -spannungen noch vorstellbar, auf Grundlage der Einstimmigkeit Entschlüsse zu fassen, die tief in etablierte nationale oder Gruppeninteressen eingreifen? Als Beispiel gelten die Fiskalpolitik, aber ebenso die außenpolitische Aktion, wenn man das dauernd beschworene Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verwirklichen will.

Weiters sei hier eine heute wohl noch unerlaubte Frage gestellt: Soll es für alle Zukunft ausgeschlossen werden, selbst Änderung der Integrationsverträge für alle Zeiten nur einstimmig beschließen zu können? Auch dabei geht es um nicht weniger als die Fähigkeit der Union, auf neue Herausforderungen und Trends

zu reagieren.

Neben den Institutionen im engeren Sinn werden noch andere Maximen der bisherigen Integrationspolitik zu hinterfragen sein: nämlich jene der Gleichzeitigkeit und Uniformität im konkreten Integrationsprozeß, d. h. daß alle Teilnehmer gleiche Integrationschritte zur gleichen Zeit setzen (schon bisher mußte an dieser Maxime gerüttelt werden, wie Sozialcharta und Schengen zeigen).

Vor dem Hintergrund der künftigen EU, die von starken ökonomischen Entwicklungsgefällen, Wohlstandsunterschieden, aber auch verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Traditionen geprägt sein wird, werden wir zum Instrument dieser „Flexibilität“ - oder besser gesagt: der variablen Geometrie - greifen müssen. Darunter versteht man das Modell verschiedener thematischer Integrationskreise, an denen nicht alle Mitgliedsstaaten teilnehmen - zum Beispiel der Euro.

Das Modell verschiedener Integrationskreise und -dichten innerhalb der EU wird früher oder später an einem anderen Tabu rühren: Der „Einheit“ der Entscheidungsprozesse der Mitgliedsstaaten in den Ministerräten. Hier stehen wir vor einem politisch brisanten Problem; es stellt sich nämlich die Frage des Zusammenhalts des Ganzen.

Der Autor ist Botschafter der ständigen Vertretung Österreichs bei der EU.